

**Verwaltung muss Einnahmeverlusten des Handels durch endlose und unkoordinierte Baustellen entgegenwirken!
FDP fordert "projektübergreifende Bauleitung"**

Die FDP-Stadtratsfraktion fragt die Verwaltung, wie diese "Einnahmeverlusten des Handels durch endlose und unkoordinierte Baustellen in der Krefelder City" begegnen will.

In der jüngsten Mitgliederversammlung der Werbegemeinschaft Krefeld hätte deren Vorsitzender Franz-Joseph Greve durchschnittlich 15 % Mindereinnahmen und mehr als 100 Stellenverluste im Krefelder Einzelhandel durch die verschiedenen Bauvorhaben in der City prognostiziert.

Die FDP sieht ebensowenig wie die Händler "ein Baustellenmanagement auch nur im Ansatz" und fordert dies konkret nicht nur für den Umbau der Haltestelle Ostwall/Rheinstraße, sondern auch im Hinblick auf die beiden am Ostwall neu geplanten Passagen sowie den Umbau des ehemaligen Horten-Kaufhauses.

"Natürlich wird die City davon profitieren, wenn alle Projekte erst mal fertiggestellt sind. Bis dahin dürfte jedoch dem einen oder anderen ansässigen Händler die Lust vergangen sein, wenn die Stadt die mit den Baustellen verbundenen Belastungen nicht durch einen zügigen Umsetzungsplan und eine Koordination abfedert", fordert FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Die FDP fordert deshalb "zumindest für die städtischen Projekte und die Projekte mit Beteiligung städtischer Gesellschaften eine gemeinsame Bauleitung". Wenn die Bauvorhaben Umbau der Haltestelle Ostwall/Rheinstraße und die beiden Passagen am Ostwall "nacheinander" und unkoordiniert realisiert würden, wäre dies - so die FDP - der worst case. Auch der Horten-Umbau sollte - wenn möglich - in eine Baustellenkoordination "eingebracht" werden.

Süffisant verweist die FDP auf ihren gescheiterten Vorstoß in der letzten Ratssitzung, eine Einwohnerversammlung zu den Bauvorhaben in der Innenstadt durchzuführen. "Eine solche Veranstaltung wäre ein hervorragendes Mittel gewesen, um auch den Anliegen des Handels gerecht zu werden. Wir sind im Nachhinein wenig überrascht, dass die Verwaltung ihre Absage an die Einwohnerversammlung damit begründet hat, dass keine hinreichend konkreten Planungen vorlagen. Das ist genau das Problem."